



Foto: Eva Mahnke/Klimaretter.info

Trist und gefährlich: Kohlehalden als einziger Platz zum Spielen.

## Mit Kohle in die Zukunft?

**Südafrikas Kohlewirtschaft und die Rolle Deutschlands** Von Birgit Morgenrath

Alle zehn Minuten donnert ein Kohlelaster an den winzigen Häusern vorbei. Dann legen sich schwarze Staubwolken über die gesamte Umgebung. Grau gefiederte Hühner laufen umher, ein dürrer, grauer Hund stöbert im Abfall. Es stinkt nach Kohle.

Andris, ein alter Mann mit wirrem Haar, lebt seit 30 Jahren in der informellen Siedlung direkt neben einer ehemaligen Mine. Deren verlassene Kohlehügel liegen auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Andris und seine beiden Enkel leiden an ständigem Husten, erzählt er und fragt: „Was kann man tun?“ Die Antwort gibt er sich gleich selbst: „Nichts kann man tun.“

160 Bergwerke haben rund um eMalaheni, dem „Ort der Kohle“, aufgerissene Gruben, Halden und saures Grubenwasser hinterlassen. In der Umgebung der 100.000-Einwohner-Stadt in der Provinz Mpumalanga, „da wo die Sonne aufgeht“, reiht sich Tagebau an Tagebau. Dazwischen liegen Stahlhütten und zwölf kolossale Kohlekraftwerke mit qualmenden Schloten.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts baut die Wirtschaft Südafrikas auf die Gewinnung von Bodenschätzen und auf Kohle als Energielieferant dafür. Zwei Drittel des Stroms werden für

den Abbau von Gold, Diamanten, Platin, Eisen- erz und auch Kohle verbraucht. 90 Prozent dieses Stroms stammen aus den Kohlekraftwerken des staatlichen Energie-Monopolisten Eskom. Nach dem Ende der Apartheid nehmen auch die Regierungen der früheren Befreiungsbewegung African National Congress (ANC) die schweren Nebenwirkungen des Kohlebergbaus in Kauf: gefährliche Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne, Landenteignung und Vertreibung, Verlust guter Ackerböden, chronische Atemwegserkrankungen und eine immense Umweltzerstörung.

### Umweltgesetze ohne Wirkung

Die zahlreichen neuen Gesetze zur Luft- und Wasserreinhaltung und zum Schutz von Flora und Fauna stehen nur auf dem Papier. So verlangt etwa das Luftreinhaltungsgesetz von 2004, dass Emissionsquellen unabhängig identifiziert und die Emissionen gemessen werden, dass Höchstwerte festgelegt und Informationen öffentlich zugänglich gemacht werden. Bis heute aber geben sich die staatlichen Organe mit Selbstauskünften auch der größten Luftverschmutzer Eskom und SASOL zufrieden, erzählt

die Umweltschützerin Carol Ntaopane von der internationalen NGO Action Aid.

Auch das im Wassergesetz von 1998 vorgeschriebene Verursacherprinzip – Bergwerksbetreiber müssen für die Beseitigung der von ihnen verursachten Schäden aufkommen – scheint bloße Makulatur. Überall an den Flussufern von eMalaheni finden sich gelblich-weiße Krusten aus saurem Grubenwasser und eine von Schwermetallen vergiftete Brühe, die Böden, Flüsse und Seen zerstört. Wie belastet die Gewässer genau sind, ist Verschluss-sache. 120 Kohlebergwerke operierten sogar ohne die gesetzlich vorgeschriebene Wasserlizenz, berichtet Viktor Munnik, Geograf und Dozent an der Johannesburger Universität Witwatersrand.

Der Staat lässt die Kohleunternehmen gewähren, darunter internationale Rohstoffgiganten wie die britisch-südafrikanische Anglo American und die schweizerische Glencore. Durch die Politik, den wirtschaftlichen Aufstieg schwarzer Südafrikaner zu fördern, ist zudem eine Elite entstanden, die dem ANC sehr nahe steht, erklärt Viktor Munnik weiter. Dass ANC-Anführer Vorstands- und Aufsichtsratsposten innehaben, „vermischt Politik und

Geschäft mit der Folge, dass Umweltverbrechen häufig nicht verfolgt werden“. Laut Schätzungen sind allein bis 2014 ein Viertel des Bergbaus – Anteile und ganze Firmen – in den Besitz schwarzer Südafrikaner übergegangen.

### Mitverantwortung der Importeure

Ein Drittel der südafrikanischen Kohle wird in alle Welt verschifft. Deutschland bezieht fünf Millionen Tonnen jährlich, etwa ein Zehntel des gesamten deutschen Kohleimports. Fast alle großen deutschen Energiekonzerne werden beliefert: EnBW und E.ON, RWE, STEAG und Vattenfall. Auf Anfragen nach der Herkunft und den Abbaubedingungen der Importkohle verweisen die Stromriesen allesamt auf interne und externe internationale Verhaltenskodizes zur Einhaltung von Menschen- und Arbeiterrechten, sozialen und ökologischen Standards, etwa die Leitsätze der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO.

Aber konkrete, nachprüfbar Informationen darüber, aus welcher Mine die Kohle für die hiesige Stromversorgung stammt und wie sie abgebaut wird, werden verweigert. Darum fordern zahlreiche deutsche und internationale NGOs seit Jahren transparente Lieferketten und damit den öffentlichen, unabhängig kontrollierten Nachweis, dass soziale und ökologische Regeln eingehalten werden.

Das weiß auch Herbert Jakoby, Leiter der Abteilung Außenwirtschaft im Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalens, des Bundeslandes mit den bis heute meisten Kohlekraftwerken. Er meint, dass die Marktmacht der deutschen Energieunternehmen in Südafrika nicht ausreicht, um bessere Produktions- und Umweltbedingungen zu erreichen. Denn Deutschland importiere nur zwei Prozent der südafrikanischen Gesamtexporte und Nordrhein-Westfalen sogar nur ein Prozent. „Mit diesen kleinen Mengen auf die Förderbedingungen in Südafrika Einfluss auszuüben ist sehr schwer. Südafrika hätte überhaupt keine Mühe für die wegfallenden Mengen alternative Abnehmer zu finden, und dann würde sich gar nichts tun in Südafrika.“

Darum spricht sich der Landesbeamte für freiwillige Selbstkontrollen aus. Andrea Asch,

Sprecherin für Eine-Welt-Politik der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag, will dagegen die Energieversorger rechtlich verpflichten, sowohl die Herkunftsminen der Steinkohleimporte als auch Informationen zu den sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards der jeweiligen Minen offenzulegen und zu kontrollieren. „Wir haben ein deutliches Ungleichgewicht“, so Asch, „einerseits Investitionsschutzabkommen, nach denen jedes Unternehmen überall auf der Welt eine Regierung beklagen kann, wenn seine Gewinnerwartungen nicht erfüllt sind. Auf der anderen Seite stehen Menschen, die im Hinblick auf ihre Gesundheit, ihre Lebensgrundlagen und ihr Auskommen von der Praxis solcher Konzerne betroffen sind und keine Möglichkeit haben, vor internationalen Gerichten zu klagen.“

Überdies unterstützen deutsche Firmen den Bau neuer Kohlekraftwerke in Südafrika. Derzeit entstehen in den Provinzen Limpopo und Mpumalanga zwei neue gigantische Kohleleimer. „Medupi“ und „Kusile“ werden zu den größten Klimakillern weltweit gehören. Laut einer neuen Studie von Misereor („Wenn nur die Kohle zählt“, <http://k-urz.de/11E4>) sind mindestens 19 deutsche Unternehmen als Zulieferer sowie Dienstleister am Bau beteiligt, darunter Siemens, Bilfinger Berger, Rheinmetall Defense Electronic, STEAG Energy Service und Mitsubishi Hitachi Power Systems Europe, eine deutsche Tochterfirma des japanischen Hitachi-Konzerns. Dieser Firma gab die Bundesregierung 2008/09 Exportkreditgarantien für ihre Lieferung von Kesseln an die beiden Kraftwerke. Gleichzeitig gewährte die staatliche Förderbank KfW IPEX dem staatlichen Energieversorger Südafrikas, Eskom, einen Kredit, um den Kauf derselben Kessel zu finanzieren.

Das widerspricht, so Misereor, den auch von der Bundesregierung unterzeichneten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte von 2011. Danach müssen Unternehmen Risiken und Auswirkungen auf die Menschenrechte, auf Wasser, Gesundheit, angemessenes Wohnen und Infrastruktur ermitteln, bewerten, gegebenenfalls effektive Gegenmaßnahmen ergreifen, deren Wirksamkeit nachverfolgen und transparent über Risiken und Maßnahmen berichten. Die EU forderte 2012 alle Mitgliedstaaten auf, Nationale Aktionspläne (NAP) für die Umsetzung der Leitlinien zu verabschie-



Unsere Stiftung hat in den letzten Jahren mehrere Projekte zum problematischen Kohleabbau in Südafrika und in anderen Ländern gefördert. Ein Schwerpunkt war dabei die Mitverantwortung der Importeure. In den Projekten sind einige interessante Broschüren und andere Materialien entstanden, u. a.:

- Uргewald: Bitter Coal. Ein Dossier über Deutschlands Steinkohleimporte. (2013)  
Download unter [www.urgewald.org/shop](http://www.urgewald.org/shop)
- Koordination Südliches Afrika: Es geht um Südafrika, um Kohle! Broschüre für die Bildungsarbeit. (2015)  
Bestellung <http://info.kosa.org/>

den. Die Bundesregierung hat mit der Erstellung eines Nationalen Aktionsplans für „Wirtschaft und Menschenrechte“ begonnen. Er soll im Lauf des Jahres 2016 verabschiedet werden.

NGOs kritisieren, dass der Plan nach dem bisherigen Entwurf nur für Unternehmen verbindlich ist, die sich im Eigentum des Bundes befinden. Anderen Firmen drohen bei Verstößen vorerst keinerlei Konsequenzen. Appelle an Konzerne und freiwillige Selbstkontrolle bewirken jedoch wenig, wie Studien zivilgesellschaftlicher Organisationen belegen. Ein entschiedeneres Vorgehen durch Politik und Gesetzgebung, bei uns und in Südafrika, ist deshalb notwendig, um die Lebenssituation von hunderttausenden Menschen und die ökologischen Bedingungen zu verbessern.



Birgit Morgenrath ist Autorin für Hörfunk und Fachzeitschriften, insbesondere zum südlichen Afrika.